

China werde, versicherte Generalsekretär Hu Yaobang, "an sämtlichen Kampagnen gegen die Kernwaffen" überall in der Welt teilnehmen (BRu 1983, Nr.45, S.7 f).

Seit dem 15. August 1983 gibt es einen eigenen chinesischen Botschafter für Abrüstungsfragen, der sowohl in New York als auch in Genf tätig sein soll: Qian Jiadong (XNA, 16.8.83).

Drei Maßnahmen schlug der chinesische Vertreter bei der oben genannten Tokyoter Weltkonferenz zur Friedenswahrung vor:

- Die Völker aller Länder sollten mit unterschiedlichen Aktionsformen gegen die Kernwaffenpolitik der beiden Supermächte auftreten und eine Reduzierung der Bestände verlangen.
- Alle "friedliebenden" politischen Parteien, Volksorganisationen und Massenmedien sollten unverzüglich das Hegemoniestreben der beiden Supermächte "entlarven".
- Die Friedensbewegungen und -organisationen der verschiedenen Länder sollten im Sinne dieser Ziele immer enger zusammenarbeiten (BRu 1984, Nr.32, S.19).

Inzwischen hat China die noch während der Mao-Zeit vertretene These von der Unvermeidbarkeit eines Dritten Weltkriegs verworfen (dazu ein Gespräch der Gesellschaft für deutsch-chinesische Freundschaft vom 14. Juli 1983 mit Wang Bingnan, dem Präsidenten der Gesellschaft des chinesischen Volkes für die Freundschaft mit dem Ausland, Das Neue China, 1983, Nr.3).

Anfang Juni 1985 wird die Chinesische Gesellschaft für internationale Verständigung in Beijing ein Forum über die Wahrung des Weltfriedens veranstalten. Ziel des Forums, an dem 50 Vertreter ausländischer Friedensorganisationen teilnehmen (XNA, 10.1.85), sei die Verstärkung der Zusammenarbeit der Gesellschaft mit der internationalen Friedensbewegung, den Friedensorganisationen und den friedliebenden Völkern in anderen Ländern. Es sollten dort Meinungen ausgetauscht, jedoch keine Resolutionen gefaßt werden. (XNA, 28.11.1984) Außerdem steht die Führung in Beijing auf dem Standpunkt, daß ein "starkes China dem Weltfrieden dient" (BRu 1985, Nr.11, S.7). Diesem Ziel werde auch die "friedliche Lösung der Hongkong- und Taiwanfrage" dienen (BRu 1984, Nr. 39, S.10). Was China unternimmt, ist m.a.W. a priori friedlich.

Schon in den vergangenen Jahren seien von der Verständigungsgesellschaft über 100 Friedensgrup-

pen aus Asien, Lateinamerika, Europa, Nordamerika und Ozeanien empfangen worden.

Fast gleichzeitig mit der Ankündigung des Weltfriedenskongresses wurde auch bekanntgegeben, daß die VR China im November 1986 eine internationale Waffenschau in Beijing sowie eine gleichzeitige internationale Konferenz über die Entwicklung der Rüstungstechnologie veranstalten will. Dies ist die Kehrseite der Medaille!

Die chinesische Friedensphilosophie wurde neuerdings im Zusammenhang mit zwei großen Festtagen besonders hervorgehoben, nämlich anlässlich des 40jährigen Jubiläums zur Beendigung des 2. Weltkriegs (die "historische Lehre" daraus sei die Forderung "Nie wieder Krieg") und die Gedenkfeier zum 30. Jahrestag der Afro-asiatischen Konferenz von Bandung (24./25. April 1955). Außenminister Wu Xueqian, der an dieser Gedenkfeier teilnahm, betonte, daß China nie andere Länder bedrohen und nie nach Einflußsphären trachten werde; vielmehr halte es sich entschieden an die Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz und die Zehn Prinzipien der Bandung-Konferenz. -we-

*** (5)
In Zukunft wird es keine Pandabären mehr als Freundschaftsgeschenke geben**

China hat bisher neun Ländern, darunter den USA, Japan, Großbritannien und der Bundesrepublik, insgesamt 23 Pandas als "Freundschaftsboten" geschenkt - zwei davon gingen in den Berliner Zoo.

Nachdem der World Wildlife Fund die noch vorhandenen Bestände in China auf nur rd. tausend Große Pandas beziffert und die Pandas zu den zehn vom Aussterben bedrohten Tierarten deklariert hatte, hat die Regierung beschlossen, den Symbolwert des Bären künftig nicht mehr in den Dienst der Außenpolitik zu stellen. -we-

INNENPOLITIK

*
*
* * * * *

*** (6)
3. Tagung des VI. Nationalen Volkskongresses**

Der VI. Nationale Volkskongreß (NVK) trat vom 27. März bis 10. April 1985 in Beijing zu seiner 3. Tagung zusammen. An der alljährlich stattfindenden Plenartagung des chinesischen Parlaments nahmen über 2.700 Abgeordnete teil. Sie stellten im Verlauf der Tagung 128 Gruppenanträge und

machten 2089 Einzelvorschläge zu den verschiedensten Bereichen. Im Mittelpunkt der NVK-Tagung standen wirtschaftliche Fragen (siehe hierzu den Artikel von Erhard Louven in diesem Heft). Eine Reihe von NVK-Abgeordneten äußerte sich kritisch über die hohe Inflationsrate, die Verwicklung von Führungskadern in "neuartige falsche Tendenzen" und über eine zu positive offizielle Darstellung der wirtschaftlichen und sozialen Situation auf dem Land.

Dem Nationalen Volkskongreß gehören gegenwärtig 2.968 Abgeordnete an - weitere 10 Nachrücker müssen noch von den Volkskongressen auf Provinzebene bestimmt werden. Die damit nominell 2.978 NVK-Abgeordneten kommen aus 31 Wahleinheiten: den 21 Provinzen, 5 Autonomen Gebieten und 3 provinzfremen Städten, der Gruppe der in der VR China lebenden Taiwaner und aus der Volksbefreiungsarmee. Die NVK-Abgeordneten aus Hongkong und Macao gehören den Parlamentariern aus der Provinz Guangdong an.

Wie üblich fand parallel zur NVK-Plenartagung die alljährliche Plenartagung des Nationalen Komitees der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes statt (25.3.-8.4.85).

Die Tagesordnung der 3. Tagung des VI. NVK umfaßte folgende Punkte:

1. Bericht über die Arbeit der Regierung von Ministerpräsident Zhao Ziyang (Wortlaut in: RMRB, 12.4.85; NVK-Beschluß hierüber in: RMRB, 11.4.85).
2. Bericht über den Plan für die volkswirtschaftliche und soziale Entwicklung im Jahre 1985 vom Vorsitzenden der Zentralen Planungskommission Song Ping (Wortlaut in: RMRB, 13.4.85).
3. Bericht über den Staatshaushalt 1984 und das Haushaltsbudget für 1985 von Finanzminister Wang Bingqian (Wortlaut in: RMRB, 13.4.85; siehe auch RMRB, 6.4.85).
4. Bericht über die Arbeit der Obersten Volksstaatsanwaltschaft (Wortlaut in: RMRB, 16.4.85).
5. Bericht über die Arbeit des Obersten Volksgerichtshofs (Wortlaut in: RMRB, 16.4.85).
6. Bericht über die Arbeit des Ständigen Ausschusses des VI. NVK (Wortlaut in: RMRB, 15.4.85).
7. Verabschiedung des Erbschaftsgesetzes der Volksrepublik China (Text, Erläuterungen und Kommentar in: RMRB, 14.4.85).

8. Ratifizierung der "Gemeinsamen Erklärung der Regierung der Volksrepublik China und der Regierung des Vereinigten Königreiches von Großbritannien und Nordirland über die Hongkong-Frage" (RMRB, 11.4.85; siehe auch RMRB, 4.4.85).
9. Beschluß über die Bildung der Kommission der Volksrepublik China zur Erarbeitung eines Grundgesetzes für die Sonderverwaltungsregion Hongkong (RMRB, 11.4.85; siehe auch RMRB, 6.4.85).
Die Kommission untersteht der Verantwortung des Nationalen Volkskongresses bzw. des Ständigen NVK-Ausschusses. Die Kommission wird sich aus Spezialisten, Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und Hongkonger Bürger zusammensetzen. Über die personelle Besetzung wird der Ständige NVK-Ausschuß entscheiden.
10. Beschluß über die Ermächtigung des Staatsrats, vorläufige Verordnungen und Bestimmungen zur Reform des Wirtschaftssystems und zur außenwirtschaftlichen Öffnung zu erlassen (Wortlaut und Erläuterung in: RMRB, 11.14.85).
11. Wahl des früheren stellvertretenden Direktors der Zentralen Politischen Abteilung der Volksbefreiungsarmee, Huang Yukun, zum Mitglied des Ständigen Ausschusses des VI. NVK. -sch-

*(7)

Hu Yaobang befürwortet die Bekämpfung der "geistigen Verschmutzung"
ZK-Generalsekretär Hu Yaobang ist auf einer Sitzung des ZK-Sekretariats in einer Mammutrede über journalistische Arbeit am 8. Februar 1985 noch einmal grundsätzlich auf das Problem der Bekämpfung einer sogenannten "geistigen Verschmutzung" eingegangen, weil - so Hu Yaobang - "einige Genossen in dieser ursprünglich bereits frühzeitig geklärten Frage Verwirrung gestiftet haben" (RMRB, 14.4.85).

Hu Yaobang zufolge ging die Initiative zur Bekämpfung der "geistigen Verschmutzung" von Deng Xiaoping aus. Laut Hu erklärte Deng Xiaoping auf der 2. Plenartagung des XII. ZK "im September 1983" (tatsächlich fand diese ZK-Plenartagung vom 11. bis 12. Oktober 1983 statt - zuvor war das ZK, wie üblich, zu einer Arbeitstagung zusammengekommen), daß "an der ideologischen Front keine geistige Verschmutzung betrieben werden darf". Außerdem zitierte Hu Yaobang Deng Xiaoping mit folgenden

Worten: "Das Wesen der geistigen Verschmutzung besteht in der Propagierung aller möglichen Arten von dekadentem und zum Aussterben verurteilten Gedankengut der Bourgeoisie und anderer Ausbeuterklassen und in der Verbreitung einer Stimmung, die von fehlendem Vertrauen in den Sozialismus, in die Sache des Kommunismus und in die Führung durch die Kommunistische Partei gekennzeichnet ist." Hu Yaobang erklärte, daß diese Aussagen von Deng Xiaoping auf der 2. Plenartagung des XII. ZK einstimmige Zustimmung gefunden hätten (ebenda).

Die dritte bekanntgewordene Aussage Deng Xiaopings zu diesem Thema, die wahrscheinlich maßgeblich dazu beigetragen hatte, daß die "Beseitigung der geistigen Verschmutzung" im Oktober/November 1983 in eine regelrechte Kampagne auszufern drohte, zitierte Hu Yaobang bezeichnenderweise nicht. Sie lautet: "Gegenwärtig müssen an der ideologischen Front vorrangig und schwerpunktmäßig rechte und aufweichende Tendenzen berichtigt werden." (Nach Wang Zhen, in: RMRB, 25.10.83)

Darüber hinaus zitierte Hu Yaobang zwei Passagen aus dem Arbeitsbericht der Regierung, den Ministerpräsident Zhao Ziyang auf der 2. Tagung des VI. NVK im Mai 1984 vorgetragen hatte und in dem Zhao Ziyang auch auf das Problem der "geistigen Verschmutzung" eingegangen war. Zhao Ziyang hatte damals u.a. erklärt, daß man es anfangs versäumt habe, einen klaren Rahmen für die Bekämpfung der "geistigen Verschmutzung" abzu stecken, und daß es deshalb an einigen Orten zu übertriebenen Maßnahmen gekommen sei. Hu Yaobang gab nun bekannt, daß die damaligen Ausführungen Zhao Ziyangs das Ergebnis wiederholter Beratungen im Ständigen Ausschuß des Politbüros gewesen seien. Aus den Ausführungen Zhao Ziyangs ließen sich, so Hu Yaobang, folgende drei Schlußfolgerungen ziehen:

1. Das Zentralkomitee hat immer eindeutig an der Parole der Bekämpfung der Unterwanderung durch dekadentes kapitalistisches Gedankengut festgehalten und hat diese Parole nie aufgegeben.
2. Der von Deng Xiaoping ausgegebene und von der ZK-Plenartagung einstimmig befürwortete Kurs, daß an der ideologischen Front keine geistige Verschmutzung betrieben werden darf, ist völlig korrekt.
3. Die Übertreibungen bei der Bekämpfung der "geistigen Verschmutzung" Ende 1983 sind dar-

auf zurückzuführen, daß das ZK-Sekretariat und der Staatsrat anfangs keinen klaren politischen Rahmen gesteckt hatten.

Hu Yaobang gab bekannt, daß die Parteiführung zu der Ansicht gelangt sei, die Parole von der Bekämpfung der "geistigen Verschmutzung" nur noch dann zu verwenden, wenn dies unbedingt notwendig sei, da diese Parole auf die normalen Leute befremdlich wirke und zu Mißverständnissen führen könne. Hu Yaobang bezog sich damit offensichtlich auf den passiven Widerstand der Bevölkerung, der wahrscheinlich nicht unerheblich zu dem schnellen Ende der Kampagne gegen die "geistige Verschmutzung" Ende 1983 geführt hatte. Hu Yaobang betonte jedoch, daß diese Regelung keinesfalls bedeuten würde, daß das Prinzip der Bekämpfung der "geistigen Verschmutzung" falsch sei. Gegen "wirkliche geistige Verschmutzung", d.h. gegen die "Unterwanderung durch dekadentes und zum Aussterben verurteiltes Gedankengut der Ausbeuterklassen" müsse auf jeden Fall vorgegangen werden. Als aktuelles Beispiel für einen Fall von "wirklicher geistiger Verschmutzung" nannte Hu Yaobang die kleinen Straßenblätter, die nach seiner Darstellung "der Jugend an Leib und Seele schaden und den Kampfeswillen der Werktätigen unterminieren". (ebenda) -sch-

*(8)

Umfangreiche Verjüngung der Partei- und Staatsorgane in der Zentrale und auf Provinzebene angekündigt

ZK-Generalsekretär Hu Yaobang hat in einem Gespräch mit 38 Journalisten aus Hongkong und Macao am 9. April 1985 eine umfangreiche Verjüngung der politischen Führung in der Zentrale und auf Provinzebene angekündigt. Hu zufolge soll die Verjüngungskur der Führungsgremien von 136 Einheiten noch vor Juni dieses Jahres abgeschlossen werden. Die 136 Einheiten setzen sich aus den 107 direkt dem Zentralkomitee oder dem Staatsrat unterstehenden Organen sowie aus den 29 Provinzen, Autonomen Gebieten und provinzfremen Städten zusammen. Ziel der Verjüngungskur ist es, daß 70% aller ZK-Abteilungsleiter, Minister, 1. stellvertretenden Minister, ProvinzparteiSekretäre und Gouverneure jünger als 60 Jahre seien sollen. Daß nicht alle Führungskader, die älter als 60 Jahre sind, ausgewechselt werden, begründete Hu Yaobang mit der "besonderen Situation", in der sich einige der 136 Einheiten befänden. Als Beispiel nannte Hu das Autonome Gebiet Xinjiang: Dort werde Wang Enmao (73) auch weiterhin Parteichef bleiben. (DGB,

11.4.85)

Einem Bericht der Hongkonger KPCh-Zeitung Wen Hui Bao zufolge sollen im Verlauf des Monats Mai allein im Regierungsapparat über 200 Führungskader vom Rang eines stellvertretenden Ministers an aufwärts ausgewechselt werden. Auf der Ebene der Amts- und Hauptabteilungsleiter sollen mehr als 1.000 leitende Funktionäre in den Ruhestand geschickt werden. (Wen Hui Bao, 8.4.85, nach SWB, 10.4.85)

Hu Yaobang gab in dem oben erwähnten Journalistengespräch außerdem bekannt, daß die nationale Delegiertenversammlung der Kommunistischen Partei Chinas im September dieses Jahres eine Verjüngung nicht nur des Zentralkomitees sondern auch des Politbüros und des ZK-Sekretariats vornehmen werde. Aus allen drei Organen würden eine Reihe von älteren Politikern ausscheiden. An ihre Stelle würden jüngere Kräfte treten. Im Zentralkomitee werde, so Hu, der Anteil der nachgewählten jungen Mitglieder 15% ausmachen. Für das Politbüro und das ZK-Sekretariat machte Hu Yaobang keine Zahlenangaben. Er kündigte lediglich an, daß der ZK-Sekretär Hu Qili ins Politbüro aufsteigen werde. (DGB, 11.4.85)

Hu Yaobang bezifferte die Zahl der Funktionäre, die in den letzten Jahren pensioniert worden sind, mit rd. 900.000. Im kommenden Jahr werde die Gesamtzahl der pensionierten Kader wahrscheinlich 2 Millionen erreichen. (ebenda) -sch-

* (9) Verjüngung der Führung von Shanghai und Heilongjiang angekündigt

Die Hongkonger KPCh-Zeitung Da Gong Bao kündigte in ihrer Ausgabe vom 10. April 1985 die bevorstehende Verjüngung der politischen Führung der provinziellen Städte Shanghai an. So soll der bisherige 1. Parteisekretär von Shanghai, Chen Guodong (74), durch den Minister für Dorf- und Städtebau und für Umweltschutz, Rui Xingwen (57), ersetzt werden. Das Amt des Bürgermeisters von Shanghai, das bisher von Wang Daohan (?) ausgefüllt wurde, soll der Minister für Elektronikindustrie, Jiang Zemin (58) übernehmen. Wer Hu Lijiao (71) als Vorsitzender des Ständigen Ausschusses des Shanghaier Volkskongresses ablösen soll, wurde von Da Gong Bao nicht genannt.

Die Pensionierung von Chen Guodong und Wang Daohan war von ZK-Generalsekretär Hu Yaobang in einem Gespräch mit Journalisten aus Hongkong und Macao am 9. April 1985 angekündigt worden (DGB, 11.4.85).

Da Gong Bao zufolge soll auch in den anderen Provinzen, Autonomen Gebieten und provinziellen Städten die politische Führung verjüngt werden. So wird z.B. der Gouverneur von Heilongjiang, der 77-jährige Chen Lei, durch Hou Jie (?) abgelöst werden. (DGB, 10.4.85) -sch-

*(10)

60.000 Parteimitglieder wegen "falscher Tendenzen" aus der KPCh ausgeschlossen

Während eines Gesprächs von ZK-Generalsekretär Hu Yaobang mit Journalisten aus Hongkong und Macao am 9. April 1985 hat ZK-Sekretärin Hao Jianxiu bekanntgegeben, daß 60.000 Parteimitglieder im Rahmen der Bekämpfung sogenannter "falscher Tendenzen" aus der kommunistischen Partei Chinas ausgeschlossen worden seien (DGB, 11.4.85). Hao Jianxiu ergänzte mit dieser Zahlenangabe eine Bemerkung von ZK-Generalsekretär Hu Yaobang, der erklärt hatte, daß "einige 10.000 Menschen" wegen falscher Tendenzen bestraft werden müßten. Hu Yaobang betonte, daß diese Zahl im Verhältnis sehr gering sei. Gegenüber der großen Mehrheit derjenigen, die an falschen Tendenzen beteiligt gewesen seien, werde man erzieherische Maßnahmen anwenden. (ebenda) -sch-

(Ü 11: s. S. 227)

*(12)

Hu Qili und andere jüngere Politiker vor dem Aufstieg ins Politbüro

ZK-Generalsekretär Hu Yaobang hat in einem Gespräch mit Journalisten aus Hongkong und Macao am 9. April 1985 angekündigt, daß der 55-jährige Hu Qili auf der nationalen Delegiertenkonferenz der Kommunistischen Partei Chinas in der zweiten Jahreshälfte 1985 in das Politbüro aufsteigen werde. Hu Yaobang bestätigte, daß Hu Qili gegenwärtig die Position eines "ständigen Sekretärs" des ZK-Sekretariats innehat (DGB, 11.4.85). Dies bedeutet, daß Hu Qili das politische Tagesgeschäft des ZK-Sekretariats leitet. Die Position des ständigen ZK-Sekretärs kann durchaus als Sprungbrett für das Amt des ZK-Generalsekretärs eingeschätzt werden.

Bereits am 14. Februar 1985 hatte die chinesische Nachrichtenagentur Xinhua in ihrem englischen Dienst Hu Qili als "Kandidat des Politbüros" bezeichnet (XNA, 15.2.85). Obwohl Xinhua am darauffolgenden Tag eine Korrektur dieser Passage brachte ("Mitglied des ZK-Sekretariats"), kann davon ausgegangen werden, daß die erste Meldung den de-facto-Status von Hu Qili bezeichnete.

Als weitere aussichtsreiche Kandidaten für einen Aufstieg ins Politbüro können folgende Politiker gelten:

- Yao Yilin (68), Kandidat des Politbüros, ZK-Sekretär und Staatsratskommissar;
- Qin Jiwei (74), Kandidat des Politbüros und Kommandant der Militärregion Beijing;
- Chen Muhua (65), Kandidatin des Politbüros, Staatsratskommissar und Präsidentin der Chinesischen Volksbank;
- Chen Pixian (69), ZK-Sekretär und Direktor der ZK-Abteilung für Politik und Recht;
- Qiao Shi (61), Direktor der ZK-Organisationsabteilung und Kandidat des ZK-Sekretariats;
- Hao Jianxiu (50), Kandidatin des ZK-Sekretariats;
- Tian Jiyun (56), stellvertretender Ministerpräsident und Generalsekretär des Staatsrats;
- Li Peng (56), stellvertretender Ministerpräsident.

Möglicherweise erhalten die vier letztgenannten zunächst nur den Kandidatenstatus im Politbüro.

Für einen Aufstieg ins ZK-Sekretariat scheinen folgende zwei Politiker die besten Aussichten zu haben:

- Wang Zhaoguo (44), Direktor des ZK-Hauptbüros;
- Hu Jintao (42), 1. Sekretär des Kommunistischen Jugendverbands.

*(13)

Hu Yaobang über den Journalismus als "Sprachrohr der Partei"

Das ZK-Organ "Volkszeitung" und das ZK-Theorieorgan "Rote Fahne" veröffentlichten Mitte April 1985 eine lange Grundsatzrede von ZK-Generalsekretär Hu Yaobang zum Thema "Über die journalistische Arbeit der Partei" (RMRB, 14.4.85; HQ, 16.4.85). Hu hatte diese Rede bereits am 8. Februar 1985 auf einer Sitzung des ZK-Sekretariats gehalten.

Im Kern beinhalten die Ausführungen Hu Yaobangs die Bestätigung der bisherigen Medienpraxis, nämlich daß das gesamte Informations- und Nachrichtenwesen "unter der einheitlichen Führung der Parteizentrale steht". Dies gilt vor allem für den Parteijournalismus, den Hu Yaobang nicht nur als das "Sprachrohr der Partei" (dang de houshe) und als das "Sprachrohr der von der Partei geführten Volksregierung" charakterisierte, sondern auch - entsprechend der spezifischen KP-Logik - als das "eigene Sprachrohr des Volkes" bezeichnete.

Medien, deren Verbreitung nur auf

bestimmte Bevölkerungsgruppen und Regionen beschränkt ist, bezeichnete Hu Yaobang als Sprachrohre der sie jeweils herausgebenden Einheiten. An Beispielen nannte er die "Zeitung der Befreiungsarmee" als Organ der ZK-Militärkommission, die "Arbeiter-Tageszeitung" als Sprachrohr des Nationalen Gewerkschaftsverbandes, die "Zeitung der chinesischen Jugend" als Organ des Zentralkomitees des Kommunistischen Jugendverbandes und die "Zeitung der chinesischen Frauen" als Sprachrohr des Nationalen Frauenverbandes. Die Provinzmedien charakterisierte Hu Yaobang als Sprachrohre des jeweiligen Provinzparteikomitees und der jeweiligen Provinzregierung. Hu betonte, daß auch diese Massenmedien "unter der einheitlichen Führung der Parteizentrale stehen" und im Rahmen der von der Parteizentrale festgelegten Politiken arbeiten müssen. Eine gewisse Ausnahme bilden nach Hus Worten lediglich die Zeitungen der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes und der kleinen demokratischen Parteien sowie berufsspezifische Fachzeitungen: Sie gelten nicht als "Sprachrohre der Partei".

Hu Yaobang betonte, daß das Prinzip der schöpferischen Freiheit, das für den Bereich der Literatur und Kunst Gültigkeit haben sollte, nicht für die journalistische Arbeit gelten könne. Die Nachrichtenorgane der Partei hätten vielmehr die Aufgabe, den Standpunkt von Partei und Regierung zu vertreten und nicht etwa den Standpunkt der Redakteure oder einzelner Journalisten. Hieraus ergibt sich eine klare politische Verantwortung der Medien beim Abdruck von literarischen Werken. Die Schriftsteller sollen zwar "völlige schöpferische Freiheit" haben, doch dies bedeutet - so Hu Yaobang - keinesfalls, daß die Verlagshäuser nun auch jedes literarische Werk veröffentlichen müssen. Die Redaktionen der verschiedenen Publikationshäuser hätten vielmehr das Recht (und die Pflicht), eine Auswahl zu treffen und bestimmte Werke für den Abdruck abzulehnen.

Hu Yaobang setzte sich im ersten Teil seiner Rede ("Über den Charakter der journalistischen Arbeit") auch sehr kritisch mit einer Reihe von weitgehenden Reformvorschlägen für den Medienbereich auseinander:

- Einer dieser Vorschläge läuft nach Hus Worten darauf hinaus, entsprechend der Wirtschaftsreform nicht nur die Betriebe sondern auch die publizistischen Organe der Partei in relativ selbstständige Warenproduzenten umzuwandeln.

Dies seien, so Hu Yaobang, sehr wirre Vorstellungen. In Wirklichkeit verhalte es sich doch so, daß die Reform des Wirtschaftssystems eigentlich nur eine Reform des Management- und des Verwaltungssystems sei, während am Charakter des sozialistischen Wirtschafts- und Eigentumsystems überhaupt keine grundlegenden Veränderungen vorgenommen würden. Dementsprechend dürften auch am Charakter der Parteipublizistik als Sprachrohr der KPCh keinerlei Veränderungen vorgenommen werden.

- Ein anderer Reformvorschlag läuft nach Hus Worten darauf hinaus, wie in der Wirtschaft so auch im Medienbereich Privatunternehmen zuzulassen. Warum, so laute die Frage der Befürworter von privaten Medien, kann es in China nicht unterschiedliche Stimmen geben? Hu Yaobangs Antwort darauf ist ein Paradebeispiel für die argumentative Logik, mit der die Alleinherrschaft der Kommunisten in China legitimiert wird: Im sozialistischen China seien die Interessen von Partei, Regierung und Volk einheitlich, und die Parteizeitungen seien deshalb auch die Zeitungen des Volkes. Da die grundlegenden Interessen von Partei und Volk also gleich seien, und da der politische Kurs von Partei und Staat die Interessen des Volkes widerspiegeln, sei es doch ganz unnatürlich, wenn in den Grundsatzfragen unterschiedliche Stimmen geäußert würden... Etwas anders verhält es sich dem ZK-Generalsekretär zufolge bei konkreten Fragestellungen, die nicht die politische Grundsatzproblematik berühren: In diesen Fällen gebe es natürlich eine Reihe unterschiedlicher Ansichten, die auch oft in den bestehenden Zeitungen und Zeitschriften veröffentlicht würden.

Vorraussetzung für journalistische Vielfalt ist Hu Yaobang zufolge, daß die Medien als "Sprachrohre der Partei" fungieren. Nur unter dieser Bedingung dürfen und sollen die Massenmedien ihre eigenen unterschiedlichen Charakteristika, Ansichten, Schwerpunkte, Stilrichtungen und Aufmachung entwickeln. Hu betonte ausdrücklich, daß eine totale Gleichschaltung der Medien nicht gefordert werde.

Im zweiten Teil seiner Rede ging der ZK-Generalsekretär auf die Aufgaben der journalistischen Arbeit ein. Aufgabe der Medien sei es, den Standpunkt von Partei und Regierung sowie die verschiedenen Ansichten und Aktivitäten des Volkes rechtzeitig und korrekt auf der nationalen und internationalen Ebene zu verbreiten. Ziel der journalistischen Arbeit sei es, einen möglichst großen Teil der

Volksmassen für die Verwirklichung der Ziele der Partei aufzurufen.

Im dritten Teil seiner Rede beschäftigte sich Hu Yaobang mit den grundlegenden Anforderungen an die journalistische Arbeit. Hu forderte zunächst eine wahrheitsgemäße Berichterstattung ohne Übertreibungen. Da in der Wirklichkeit der sozialistischen Gesellschaft die guten Seiten den Hauptaspekt ausmachten, müsse dies auch in den Massenmedien seinen Ausschlag finden. Die Schattenseiten der sozialistischen Wirklichkeit stellten hingegen nur einen Nebenaspekt dar und dürften deshalb in der Berichterstattung nicht einen zu großen Raum einnehmen. Hu gab bekannt, daß die Parteizentrale bereits im letzten Jahr die Journalisten angewiesen habe, etwa 80% der Berichterstattung den Erfolgen und dem Lob positiver Erscheinungen zu widmen, während die Beschreibung und Kritik der Schattenseiten nur 20% ausmachen sollten.

Hu Yaobang gab zu, daß es in der Frage der wahrheitsgemäßen Berichterstattung schon immer Meinungsverschiedenheiten gegeben habe. So behaupteten einige Schriftsteller immer wieder, daß die von ihnen beschriebenen einzelnen Erscheinungen der Wirklichkeit entsprächen. Diese Schriftsteller dächten jedoch nie darüber nach, ob ihre Werke denn auch die ganze gesellschaftliche Wirklichkeit widerspiegeln, und ob ihre Werke die Menschen zum Voranschreiten in ein neues Leben ermunterten.

Hu Yaobang trat entschieden der Auffassung in chinesischen Journalistenkreisen entgegen, daß in den kapitalistischen Ländern die Berichterstattung wahrheitsgemäßer sei und mehr Mut zu Enthüllungen aufbringe. In diesem Zusammenhang kritisierte Hu ausländische Presse- und Fernsehberichte, denen zufolge die politische Lage in China instabil sei, eine "konservative Fraktion" eine "pragmatische Fraktion" stürzen wolle, irgendeine Armeegruppe nicht auf die Zentrale höre usw. - diese Berichte entsprächen nicht der Wirklichkeit.

Hu Yaobang wandte sich auch gegen unbedachte namentliche Kritik an einzelnen Personen in den Massenmedien. Dies habe während der "Kulturrevolution" zu sehr vielen Fehlurteilen geführt. Deshalb müßten sich die publizistischen Organe in dieser Frage strikt an die von der Parteizentrale erlassenen Bestimmungen halten.

Eine zweite wichtige Anforderung an die journalistische Arbeit ist nach den Worten Hu Yaobangs die Aktualität der Berichterstattung.

Hu beklagte in diesem Zusammenhang die mangelnde Aktualität und die niedrige Produktivität der journalistischen Arbeit. Die Berichterstattung über wichtige Ereignisse dürfe jedoch auch nicht unter Zeitdruck leiden - hier müsse nach wie vor reiflich überlegt und im Bedarfsfall die Genehmigung (der zuständigen Parteiorganisation) eingeholt werden.

Als dritte Anforderung an die journalistische Arbeit nannte Hu Yaobang eine von Sachkenntnis und Lebendigkeit geprägte Berichterstattung. Veröffentlichungen müßten sachkundig und interessant sein. Doch auch in dieser Frage gebe es Grenzen: Es gehe nicht an, daß unter dem Vorwand einer sachkundigen und interessanten Berichterstattung feudalistischer Aberglauben und dekadentes kapitalistisches Gedankengut verbreitet würden. Ein Beispiel hierfür seien "die miesen kleinen Blätter", die viele Städte geradezu überschwemmt hätten: "Wenn diese Dinge nicht verboten werden, dann werden zahllose Jugendliche Schaden an Leib und Seele nehmen, und dann wird der Kampfeswille der Werktätigen erlahmen." Hu forderte die Propagandaabteilungen und Kulturämter auf Provinzebene nachdrücklich auf, gegen die kleinen Straßenzeitungen vorzugehen. Hu Yaobang zufolge darf die Beseitigung dieser "miesen kleinen Blätter" jedoch nicht in eine Massenbewegung an der "ideologischen Front" ausarten. In diesem Zusammenhang ging der ZK-Generalsekretär auch ausführlich auf die Bekämpfung der "geistigen Verschmutzung" ein, die er im Prinzip eindeutig befürwortete (siehe die Übersicht "Hu Yaobang befürwortet die Bekämpfung der 'geistigen Verschmutzung'" in diesem Heft).- Die Parteiführung war Ende 1983 mit ihrem Plan, im Rahmen der Bekämpfung einer sogenannten "geistigen Verschmutzung" "vorrangig und schwerpunktmäßig rechte und aufweichende Tendenzen zu berichtigen" (Deng Xiaoping), am passiven Widerstand der Bevölkerung gescheitert.

Als wichtigste Anforderung an die journalistische Arbeit bezeichnete Hu Yaobang einen klaren und korrekten Standpunkt, einen eindeutigen Klassencharakter, eine ausgeprägte Parteigesinnung und eine "wissenschaftliche Haltung, die die Wahrheit in den Tatsachen sucht". Diese wissenschaftliche Haltung stehe, so Hu Yaobang, nicht nur nicht im Widerspruch zum Standpunkt der Partei und zur Parteigesinnung, sondern sei eine Voraussetzung für eine richtige Parteigesinnung. Deshalb sollten sich die Journalisten in der Kommentierung und Bewertung von Ereignissen so lange zurückhalten,

bis sie sich über den wahren Sachverhalt und die Hintergründe klar geworden seien. Über große internationale Ereignisse, über die in anderen Ländern bereits berichtet und kommentiert werde, sollten die chinesischen Journalisten "zunächst objektiv berichten" und erst im Verlauf der Aufklärung des wahren Sachverhalts einen "tendenziösen Charakter" (qingxiangxing) in ihre Berichterstattung bringen.

Im letzten Teil seiner Rede beschäftigte sich Hu Yaobang mit dem Personalbestand der Medien, der sich insgesamt auf rund 300.000 Journalisten belaufe. Obwohl der Journalistenstamm insgesamt gesehen "gut" sei, gebe es noch "sehr viele Probleme". Hu forderte eine Verjüngung des journalistischen Kaderstamms, eine Stärkung der Parteigesinnung, eine Verbesserung der beruflichen Fähigkeiten und eine Stärkung der Einheit der Journalisten untereinander. Als besonders hervorstechend bezeichnete Hu Yaobang das Problem der Solidarität unter den Journalisten - dies sei im übrigen auch ein großes Problem an der gesamten ideologischen Front. Hu forderte die Journalisten auf, sich mehr mit ihrer eigenen Arbeit als mit anderen Kollegen zu beschäftigen - dann gäbe es nämlich auch keinen Markt mehr für Klatsch, Gerüchte und Verleumdungen in den eigenen Reihen. -sch-

*(14)

Neuer Direktor des Amts für Zivilluftfahrt (CAAC)

Zum neuen Direktor des Chinesischen Amts für Zivilluftfahrt (CAAC) ist Mitte März 1985 der bisherige stellvertretende Direktor Hu Yizhou ernannt worden. Der 55jährige Hu gilt als kompetenter Luftfahrtfachmann. Hu Yizhou löst ZK-Mitglied Shen Tu ab, der das Amt des CAAC-Direktors seit Januar 1978 innehatte und mittlerweile das Pensionsalter von 65 Jahren erreicht hat. Shen Tu, der seit 1954 führend in der chinesischen Zivilluftfahrt tätig ist, wird jedoch der CAAC weiter als "Berater" angehören. (RMRB, 17.4.85; FEER, 18.4.85)

Die Ablösung von Shen Tu als Direktor des Amts für Zivilluftfahrt steht wahrscheinlich im Zusammenhang mit der Anfang des Jahres beschlossenen umfangreichen Verjüngung der Partei- und Staatsorgane auf der zentralen und der Provinzebene. Hinzu mag gekommen sein, daß die CAAC unter der Leitung von Shen Tu immer wieder Gegenstand heftiger Kritik gewesen ist. Die Vorwürfe richteten sich vor allem gegen mangelnde Flugsicherheit, Unpünktlichkeit und schlechten Service. -sch-

VERTEIDIGUNG

*

*

*(15)

China will seine Armee um eine Million Mann verkleinern

Hu Yaobang verkündete während seines Besuchs in Neuseeland, daß China 1985 und 1986 seine Armee um eine Million Mann reduzieren werde. Die Volksrepublik könne sich diesen Schritt im Hinblick auf die verbesserte politische und wirtschaftliche Situation leisten. Die VBA verfüge über eine unbedeutende nukleare Abteilung; China sei jedoch bereit, an einer internationalen Abrüstungskonferenz teilzunehmen (XNA, 19.4.85).

Die Reduktionsabsichten waren bereits in einem Artikel des Generalstabschefs Yang Dezhi in der amtlichen "China Daily" vom 3. Januar 1985 bekanntgegeben worden. Mit der Maßnahme solle vor allem Geld gespart werden. Inzwischen wurde bekannt, daß die Reduzierung der Truppen von Deng Xiaoping in einer Rede am 1. November 1984 gefordert worden war. Um mehr Kapital für den zivilen Aufbau bereitzustellen, müsse eine Zeitlang die Produktion von Waffen eingeschränkt, die Zahl der Offiziere und des nichtkämpfenden Personals verringert und die Armee überdies stärker für den zivilen Aufbau herangezogen werden. Auch solle der Beförderungsstau aufgelöst werden. Chinas Armee verfügt z.Zt. über rd. 4,2 Millionen Mann. -we-

*(16)

Die neuen chinesischen Abrüstungsvorschläge

Drei Materien sind hier zu unterscheiden, nämlich atomare, chemische und konventionelle Waffen.

1) Kernwaffen: Hierzu lautet der von Außenminister Wu Xueqian im November 1983 unterbreitete Plan folgendermaßen: Nachdem die Sowjetunion und die USA konkrete Schritte zur Erprobung und Herstellung von Kernwaffen unternommen und eine 50%-ige Reduzierung ihrer Kernwaffen und Trägermittel aller Typen vereinbart haben, sollte eine repräsentative internationale Konferenz unter Teilnahme aller kernwaffenbesitzenden Staaten einberufen werden, um dort über eine gemeinsame Reduzierung von Kernwaffen zu verhandeln.

Ein bloßes "Einfrieren von Kernwaffen" seitens der Supermächte sei noch keine geeigneter Schritt. Vielmehr müßten konkrete Maßnahmen zur Reduzierung und Vernichtung der Kernwaffen vereinbart werden. (RMRB, 1.12.83)